

Regierungswechsel: Neue Hoffnung auf Frieden

Karl-Heinz Krämer

Am 19. Juli 2001 beugte sich Girija Prasad Koirala dem von allen Seiten auf ihn ausgeübten Druck und trat als Premierminister zurück. Nach zahlreichen Korruptionsskandalen, einem totalen Parlamentsboykott durch die Opposition im Frühjahr, einer äußerst unglücklichen Rolle der Regierung bei der Behandlung

des Palastmassakers vom 1. Juni und einer extremen Intensivierung des maoistischen Konflikts entschloß sich Koirala sehr spät zur Konsequenz des Rücktritts. Zwar mag Koirala, in dessen Händen seit 1991 überwiegend die Regierungsverantwortung gelegen hatte, nicht persönlich für all dies verantwortlich gewesen

sein, aber seine politische Verantwortung kann ihm niemand abnehmen. Letztere hat er mit aller Macht gewollt, aber er war nicht im Stande, die zahlreichen Probleme des Landes auch nur annähernd zu lösen und die Entwicklung des Landes voranzutreiben. Die Einbeziehung der Armee in den maoistischen

Konflikt drohte zuletzt, das Land in einen offenen Bürgerkrieg zu führen. Ein Dialog mit den Maoisten erschien ferner denn je.

Der *Nepali Congress* verfügt im Repräsentantenhaus über eine satte absolute Mehrheit. So oblag es den Abgeordneten der Regierungspartei, aus ihren eigenen Reihen einen neuen Führer und damit Premierminister zu wählen. Erst zum zweiten Mal in der Geschichte der Partei erfolgte dies also auf derart demokratische Weise. Besonders zu begrüßen ist, daß nun wohl doch endlich eine jüngere Generation in den Vordergrund rückt. Der 79jährige Koirala hatte zuletzt nur noch etwa 40 der 113 Abgeordneten seiner Partei hinter sich. Krishna Prasad Bhattarai, nur ein Jahr jünger als Girija Prasad Koirala, verzichtete glücklicherweise auf eigene Ambitionen und schlug statt dessen Sher Bahadur Deuba vor. Dessen Gegner bei der parteiinternen Abstimmung war Sushil Koirala, Generalsekretär der Partei und Neffe von Girija. Überraschend deutlich mit 72 zu 40 Stimmen konnte sich Deuba am 22. Juli durchsetzen. Sushil Koirala konnte offensichtlich lediglich die verbliebenen Anhänger seines Onkels hinter sich scharren.

Bereits vor seiner Vereidigung am 26. Juli traf Deuba eine wichtige Entscheidung, die endlich auf eine veränderte Politik hoffen läßt. Er ordnete den soforti-

gen Stop aller Aktivitäten der Polizei und des Militärs gegen die Maoisten und forderte letztere zur Aufnahme eines Dialogs auf. Prachanda, der Vorsitzende der CPN (Maoist) antwortete innerhalb von Stunden, nahm das Angebot an und forderte seine Partisanenarmee zur Einstellung aller militärischen Aktionen auf. Damit konnte erstmals seit Ausbruch des Konflikts im Februar 1996 eine vorläufige beiderseitige Waffenruhe erreicht werden.

All dies waren große Pluspunkte für die neu zu bildende Regierung, doch sie dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Probleme der Deuba-Regierung gewaltig sind. Es wurde eine Atmosphäre geschaffen, in der man die zahlreichen und schwierigen Aufgaben auf eine friedliche Weise angehen kann, aber es bedarf nun der Zusammenarbeit und Kompromißbereitschaft aller Seiten (Regierung, Opposition und Maoisten), wenn nun die Weichen für eine positive Zukunft des Landes gestellt werden sollen.

Eine erste Ernüchterung brachte die Zusammensetzung des vorläufigen Kabinetts, das Sher Bahadur Deuba am 26. Juli vorstellte und dem weitere 12 Minister angehören. Der neue Premierminister hatte einen kleinen aber repräsentativen Ministerrat angekündigt, doch ist dies bisher nicht so recht gelungen. Kritiker vertreten vor allem die Auffassung, daß sich die Worte des Premierministers

in der ersten Kabinettsliste hätten widerspiegeln müssen. Doch was ist anders? Die Koirala- und Bhattarai-Kabinette der Vergangenheit waren alles andere als repräsentativ gewesen. Nicht nur hatten die beiden alten Parteiführer sich jeweils mit ihrer Klientel aus ihren jeweiligen parteiinternen Lagern umgeben; sie hatten sich auch nicht gescheut, bis 50 und mehr Prozent der Ministerposten an Brahmanen zu vergeben.

Letzteres hat sich allerdings bereits jetzt deutlich geändert. Von den 13 Mitgliedern des Kabinetts sind nur vier Brahmanen. Hinzu kommen vier Chhetri (darunter Deuba selbst), zwei Angehörige der oberen Newar-Kasten und ein Gurung. Dies bedeutet aber dennoch, daß wieder 12 der 13 Minister den hohen Hindukasten angehören; Frauen sucht man ebenso vergeblich wie Angehörige der Dalit-Gruppen und der Tarai-Bevölkerung. In gleicher Weise wie Koirala und Bhattarai hat auch Deuba zunächst auf die Abgeordneten zurückgegriffen, die ihn in der Vergangenheit in seinem Streben nach dem Amt des Premierministers besonders unterstützt haben. Hierzu gehören vor allem auch ehemalige Gefolgsleute Koiralas, die in den letzten Monaten das Lager gewechselt haben, wie z. B. Khum Bahadur Khadka. Ähnlich wie seine Vorgänger hat auch Deuba Vertreter des parteiinternen Gegenlagers einbezogen, wie z. B. Amod Prasad Upadhyaya und Mahesh Acharya. Diese finden sich natürlich nur weit unten auf der Ministerliste, denn die Reihenfolge gibt eine Rangordnung vor. Außerdem wurden sie mit vermeintlich unwichtigeren, weil wenig persönlichen Vorteil versprechenden Ressorts bedacht; in Wirklichkeit sind letztere (Bildung und Landwirtschaft) für die Entwicklung des Landes jedoch von größter Bedeutung.

So hat Sher Bahadur Deuba mit der Bildung des Ministerrats die anfangs so positiven Eindrücke zunächst einmal wieder eingeschränkt. Dies mag jedoch auch damit zusammenhängen, daß er ebenso wie seine Vorgänger darauf angewiesen ist, sich die notwendige Unterstützung innerhalb der eigenen Partei durch die Vergabe lukrativer Posten sichern zu müssen, ein Problem, an dem das ganze politische System Nepals krankt. Darüber hinaus spiegelt die Zusammensetzung des Kabinetts in gewisser Weise nur die Zusammensetzung der Fraktion des *Nepali Congress* wider. Angesichts der Tatsache, daß nur fünf der 113



Der neue Premierminister Sher Bahadur Deuba

Abgeordneten des *Nepali Congress* Frauen sind (übrigens alles Brahmaninnen), ist der Kreis der als Ministerinnen in Frage kommenden Frauen gering. Dalits wurden seitens des *Nepali Congress* bei den letzten Parlamentswahlen schon gar nicht als Kandidaten aufgestellt, d.h. ihre Beteiligung war von Anfang an nicht gewollt. Was bleibt, ist die Machtverschiebung aus dem Bereich der Brahmanen in den der Chhetri, ein Phänomen, das auch schon die erste Deuba-Regierung (1995-97) auszeichnete.

Dennoch sollte man der neuen Regierung eine Chance geben, zumal Deuba gleich zu Beginn wichtige Zeichen gesetzt hat. Anders als bei seiner ersten Amtsperiode ist er heute nicht auf eine Koalition aus drei Parteien angewiesen, die damals nur über eine Mehrheit von einer einzigen Stimme verfügte. Der *Nepali Congress* hat heute eine ausreichende Mehrheit und der innerparteiliche Fraktionskrampf scheint zumindest vorübergehend beigelegt. Dies heißt nicht, daß er nicht jederzeit wieder ausbrechen kann; Girija Prasad Koirala ist weiterhin Parteivorsitzender und damit angesichts der recht undemokratischen Parteistruktur in einer äußerst mächtigen Funktion. Wichtig wird für Deuba daher auch sein, zumindest den Anschein zu erwecken, daß Koirala an einer möglichen politischen Wende beteiligt und nicht als Buhmann für alle Fehler der Vergangenheit verantwortlich gemacht wird, angesichts dessen, was gelaufen ist, sicherlich keine einfache Aufgabe.

So bleibt die große Hoffnung, daß der vorläufige Waffenstillstand zwischen Staat und aufständischen Maoisten zu einem dauerhaften wird. Anders als sein Vorgänger tut Deuba den Konflikt nicht

Der neue Ministerrat vom 26.Juli	
1. Sher Bahadur Deuba	Palastangelegenheiten Verteidigung Auswärtiges Industrie, Handel und Versorgung Allgemeine Verwaltung Frauen, Kinder und Soziales Landreform und Management Wissenschaft und Technologie Gesetzgebung, Justiz und Parlament
2. Chirinjivi Wagle	Raumordnung und Öffentliche Arbeiten
3. Khum Bahadur Khadka	Inneres Lokale Entwicklung
4. Gopal Man Shrestha	Forsten und Bodenschutz
5. Ram Sharan Mahat	Finanzen
6. Bijaya Kumar Ghachhadar	Wasserressourcen
7. Bal Bahadur K.C.	Kultur, Tourismus und Zivilluftfahrt
8. Sarad Singh Bhandari	Gesundheit
9. Palten Gurung	Arbeit und Transportmanagement
10. Jaya Prakash Gupta	Information and Kommunikation
11. Mahesh Acharya	Landwirtschaft und Genossenschaften
12. Amod Prasad Upadhyaya	Bildung und Sport
13. Prem Lal Singh	Bevölkerung und Umwelt
Quelle: <i>Kantipur Online</i> , 26. Juli 2001	

als ein Problem von Ruhe und Ordnung ab, sondern spricht von seinen wirtschaftlichen Ursachen. Wenn es ihm gelingt, jetzt auch noch den entscheidenden Schritt zu tun und die gesellschaftspolitischen Ursachen des Konflikts zu erkennen, dann sind zumindest für einen Dialog die Voraussetzungen gut. Gelöst

werden kann der Konflikt jedoch nur, wenn dem Dialog gemeinsam beschlossene Veränderungen folgen, die eine ausgewogene Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Verwaltung, Bildungswesen usw. garantiert. Bis dahin ist es jedoch ein weiter und steiniger Weg.

Die politische Lage nach dem Massaker

Nepali Bishlesak

Seit Jahren sind politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Instabilität kennzeichnend für Nepal: Nahezu unlösbare wirtschaftliche Probleme, Korruption und Machtmißbrauch, mangelnde Verantwortung der gewählten politischen Führer, der maoistische „Volkskrieg“, das bhutanische Flüchtlingsproblem, die sich intensivierenden ethnischen, sprachlichen und kulturellen Spannungen, die Unterdrückung und Benachteiligung der Frauen und der sogenannten niederen Hindukasten, die zahlreichen Verletzun-

gen und Mißstände im Bereich grundlegender Menschenrechte. All das sind nur einige der gravierendsten Probleme, mit denen das Land in der ersten Dekade seines „demokratischen“ Systems konfrontiert wurde. Immer, wenn man glaubt, die Lage sei an einem absoluten Tiefpunkt angelangt, gibt es einen erneuten Rückschlag. Die Ereignisse vom 1. Juni 2001 im Königspalast sind jedoch von derartiger Tragweite, daß selbst gut einen Monat später eine Abschätzung der möglichen Auswirkungen nur bedingt möglich ist.

Die Monarchie

Die Monarchie ist im Laufe des jahrelangen politischen Chaos mehr und mehr als der integrierende Faktor in den Vordergrund gerückt, eine Rolle, welche die Verfassung ihr ohnehin zudedacht hat. Dies hängt nicht nur damit zusammen, daß die übrigen Staatsorgane mehr oder weniger stark versagt haben, sondern es ist auch ein Verdienst des ermordeten Königs Birendra, der seine konstitutionelle Aufgabe vorbildlich erfüllt hat.

Doch auch Birendra stand zuletzt vor äußerst schwierigen Aufgaben im Zusammenhang mit einer Lösung des maoistischen Konflikts. Über Jahre hatte er sich wiederholten Versuchen der Politiker, allen voran Premierminister Koiralas, das Militär zur Niederschlagung des maoistischen Aufstandes einzusetzen, erfolgreich widersetzt.

Dieser Widerstand des Königs war möglich, weil die Verfügungsgewalt über die Armee in der Verfassung nicht ganz klar geregelt ist. Auch die heutige Verfassung hat zwar dem Monarchen das Oberkommando über das Militär belassen. Gleichzeitig wurde aber ein Verteidigungsrat geschaffen, der letztlich über den Einsatz des Militärs entscheiden soll. Dieser besteht aus lediglich drei Personen: Premierminister, Verteidigungsminister und oberster General.

Während Premierminister Koirala und der ihm gegenüber äußerst loyale und auch verwandtschaftlich verbundene Verteidigungsminister Mahesh Acharya einen Militäreinsatz befürworteten, distanzierte sich die militärische Führung des Landes deutlich von einem solchen Ansinnen. Als Zwischenlösung wurde schließlich die Schaffung einer bewaffneten Polizeitruppe in die Diskussion geworfen. Im Januar 2001 unterzeichnete König Birendra eine entsprechende Verordnung der NC-Regierung. Derartige Verordnungen bedürfen innerhalb von zwei Monaten einer gesetzlichen Absicherung durch das Parlament. Dies war jedoch wegen des Parlamentsboykotts durch die Oppositionsparteien nicht möglich. Kurzerhand ließ die Regierung daher den König nach Ablauf der Frist eine erneute Verordnung unterzeichnen, eine Maßnahme, die den demokratischen Gedanken der Verfassung unterwanderte.

Mit Interesse darf in der nun laufenden 20. Sitzungsperiode die Reaktion des Parlaments beobachtet werden. Sollte der wiederholte Erlaß einer Verordnung letztlich als juristisch korrekt eingestuft werden, dann würde automatisch auch die konstitutionelle Regelung der Ausrufung eines Notstands durch den König zur Farce. In einem solchen Fall müßte nämlich das Parlament innerhalb von maximal sechs Monaten zustimmen. Nach Artikel 115 der Verfassung liegt die Voraussetzung für eine Notstandsaufrufung vor, wenn die Souveränität, Integrität und Sicherheit des Landes oder Teile desselben durch einen bewaffneten Aufstand gefährdet sind. Diese Voraussetzung ist durch die immer intensiver werdenden Attacken der NCP (Maoist) sicherlich erfüllt.

Doch die Wahrscheinlichkeit einer derartigen Ausrufung ist zur Zeit wohl noch gering. Der neue König Gyanendra tritt zweifelsohne ein sehr schweres Erbe seines ermordeten Bruders an. Da ist zunächst das große Mißtrauen, mit dem ihm große Teile der Bevölkerung begegnen. Hierfür gibt es verschiedene Gründe. Viele Menschen in Nepal wollen nicht glauben, daß offenbar wahr ist was einfach nicht wahr sein darf. Niemand traut dem früheren Kronprinzen Dipendra eine derartige Tat zu.

Dies hängt sicherlich auch mit der großen Distanz zwischen Königsfamilie und Volk zusammen. Zwar werden die Monarchen schon seit Generationen ob ihrer großen Volksnähe gepriesen, doch in Wirklichkeit verschanzen sie sich hinter hohen Palastmauern, und niemand außerhalb ist über die Ereignisse und das Leben dort informiert. Auch diejenigen, die aus beruflichen oder anderen Gründen Zugang zum Palast haben, wahren absolute Verschwiegenheit. So war es möglich, daß in der Öffentlichkeit ein Bild der Königsfamilie vermittelt und gepflegt wurde, das ohne jeden Makel und frei von den üblichen zwischenmenschlichen Spannungen und Problemen war, die den Menschen außerhalb der Palastmauern vertraut sind.

Hartnäckig ausgetragene Meinungsverschiedenheiten über die Wahl der Ehepartnerin, und damit die Bestätigung des Verfalls traditioneller Kultur- und Verhaltensweisen, Mißbrauch von Alkohol, Drogenabhängigkeit sowie der Besitz von und leichtfertiger Umgang mit Kriegswaffen - all das also, was bei dem Massaker vom 1. Juni offensichtlich eine ganz entscheidende Rolle spielte, paßt nicht in das verklarte Bild der nepalischen Königsfamilie. Daher fällt es der Öffentlichkeit schwer, an diese Darstellung der Ereignisse zu glauben; daher scheut sich selbst die offiziell eingesetzte Untersuchungskommission, bestehend aus dem Obersten Richter und dem Parlamentssprecher, gerade diese Dinge näher zu hinterfragen, obgleich nur hier der Schlüssel zu einer Erklärung zu finden ist.

Selbst die anfängliche Behandlung der Vorgänge durch Palast und Regierung scheint davon beeinflusst. Offensichtlich sprach Vizepremier Ram Chandra Poudel am Abend des Massakers, noch gezeichnet vom Schock, die Wahrheit. Danach setzte eine Verklärungspolitik ein, die letztlich der Gerüchteküche Tür und Tor öffnete. Hierbei muß man wissen, daß die Nepali stets offen für Gerüchte aller Art sind, was auch für den politischen Bereich gilt, wie die vergangenen elf Jahre recht lebhaft bewiesen haben. Am Ende war es fast unmöglich, in dem Gewirr von Aussagen, Meinungen und Behauptungen den Faden der Wahrheit im Auge zu behalten.

Als dies Palast und Regierung bewußt wurde, war es längst zu spät. Offensichtlich haben die Verantwortlichen in Nepal auch unterschätzt, daß sich die Zeiten geändert haben, daß die größeren Freiheiten der heutigen Verfassung und die verbesserte Bildung zunehmend mündige Bürger produziert hat, die sich ihre eigene Meinung bilden und mit dieser auch in die Öffentlichkeit gehen. So ist der offizielle Untersuchungsbericht, der leider so viele Fragen offen läßt, eine Erklärung, die der Wahrheit sehr, sehr nahe kommt, die aber vor allem auch dazu dienen soll, das aufbegehrende Volk zu beruhigen.

Fest steht jedenfalls, daß König Gyanendra in der näheren Zukunft noch viel Überzeugungsarbeit leisten muß, wenn die negative Informationspolitik der ersten Stunden und Tage nach dem Massaker in Vergessenheit geraten soll. Dies bedeutet, daß er nur versuchen kann, den konstitutionell korrekten und auf Ausgleich bedachten Weg seines verstorbenen Bruders Birendra fortzusetzen. Es gibt hin und wieder Verlautbarungen, Gyanendra sei als konservativ einzustufen, wobei man sich auf lange zurückliegende Aussagen stützt. Hier sollte man dem neuen König die Chance geben, sich zu bewähren. Was er 1990 während und unmittelbar nach der Demokratiebewegung gesagt haben mag, ist für die heutige Situation wenig aussagekräftig.

Die größte Bewährungsprobe aber wird schon sehr bald auf Gyanendra zukommen, wenn er sich seiner konstitutionellen

Aufgabe bei einer friedlichen Beilegung des maoistischen „Volkskriegs“ widmen muß. Die Fäden hierzu liegen jedoch nicht in seinen Händen sondern bei den gewählten Volksvertretern und bei der Regierung. Hier sind viele Fragen offen: Werden die Politiker zur notwendigen Kooperation bereit sein? Wird es möglich sein, daß sie ihr Verhalten derart ändern, daß die zahlreichen verfassungskonformen Forderungen der Maoisten diskutiert werden können? Werden die Maoisten ihrerseits bereit sein, über jene Forderungen zu verhandeln, die im Widerspruch zur Verfassung stehen? Wird die Monarchie weiterhin eine bindende und ausgleichende Funktion in Nepal ausüben können?

Letztere Frage ist ganz eng mit dem Schicksal der Monarchie an sich verknüpft. Diese wurde durch das Massaker vom 1. Juni beinahe völlig ausgelöscht. Gyanendra ist es zuzutrauen, daß er mit der Zeit das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen kann, falls nicht erneute Katastrophen über das Land hereinbrechen. Aber was wird nach Gyanendra sein? Sein einziger Sohn, Paras, erscheint als König untragbar; bezeichnenderweise hat sein Vater ihn auch nicht zum Kronprinzen nominiert. Was bliebe, wäre allenfalls die Adoption eines anderen männlichen Mitglieds der königlichen Familie; Frauen haben in Nepal keine Chance auf die Thronfolge. Aber das ist zur Zeit reine Spekulation.

Das Militär

Die engste Einbeziehung des Monarchen bei der Lösung des maoistischen Konflikts ist in seiner Funktion als Oberbefehlshaber der nepalischen Streitkräfte zu sehen. Traditionell steht das Militär in Nepal immer sehr loyal zum König. Sollte das Militär in den Versuch einer gewaltsamen Unterdrückung der Maoisten einbezogen werden, würde der König aufgrund seiner Verfassungsfunktion formell eine solche Maßnahme leiten. Es würde der nepalischen Tradition entsprechen, daß das Militär dann seine Befehle nur vom König akzeptieren würde.

Im Augenblick scheint ein Einsatz des Militärs jedoch nicht in Sicht. Hierfür gibt es verschiedene Gründe. Da ist zunächst der Sinn und Nutzen eines derartigen Vorgehens. Der maoistische „Volkskrieg“ ist längst ein flächendeckendes Ereignis. Die Stärke der maoistischen Guerillatruppe wird auf rund 2.500 Kämpfer geschätzt, die von einer 10.000 Bewaffnete umfassenden Miliz unterstützt wird. Dem gegenüber verfügt die Regierung über 110.000 Mann Polizei und bewaffnete Truppen, was im zahlenmäßigen Vergleich einem Verhältnis von etwa 1:9 entspricht. Experten halten jedoch angesichts der nepalischen Topographie ein Übergewicht der staatlichen Truppen von bis zu 25:1 für erforderlich, um derartige Guerillatruppen in Schach halten zu können.

Die Einbeziehung des Militärs könnte also nur zu einer weiteren Eskalation des Konflikts und zu noch größerem Leid beitragen. Gleiches gilt natürlich auch für die unter fragwürdigen Umständen von der Koirala-Regierung geschaffene bewaffnete Polizeitruppe. Es ist daher verständlich, daß die Militärführung bislang eine Beteiligung strikt ablehnt. Dies paßt in das Bild einer Truppe, die sich in den vergangenen zehn Jahren einen guten Ruf erworben hat. Die Militärführung gilt als gut ausgebildet und politisch weitsichtig. Eine Beteiligung der Armee bei der Unterdrückung des maoistischen Konflikts würde dem Ansehen des Militärs in der Öffentlichkeit folglich eher schaden. Trotz ihres brutalen und vielfach menschenrechtsverletzenden Auftretens stoßen die

Maoisten bei der Bevölkerung auf immer größer werdenden Zuspruch. Nicht zuletzt die offensichtlich gut funktionierende Parallel-Verwaltung der Maoisten in ihren Hochburgen Rolpa, Rukum, Salyan und Jajarkot zeigt den Menschen, daß in Nepal Politik auch ohne die Mißstände von Korruption, Vetternwirtschaft und Machtmißbrauch möglich ist. Die militärischen Führer sind sich ganz offensichtlich bewußt, daß mit einer gewaltsamen Unterdrückung der Maoisten die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ursachen der maoistischen Bewegung nicht beseitigt würden; letztere verantworten nämlich die Politiker in Kathmandu und das von ihnen gestützte System.

So erschien also eine Beteiligung des Militärs bei der Unterdrückung der Maoisten bis zum 12. Juli 2001 wenig wahrscheinlich. In der Folge der brutalen maoistischen Attacken der letzten Tage, des von den Maoisten ausgerufenen *Nepal bandh* vom 12. Juli, der Wirtschaft und öffentlichen Leben völlig lahmlegte, und der Verschleppung von über 70 Polizisten am gleichen Tag konnte die Koirala-Regierung erstmals den Einsatz des Militärs durchsetzen. Im Rahmen einer massiven Aktion im mittleren Westen Nepals soll die Armee im Nuwa VDC von Rolpa etwa 1.500 Maoisten umzingelt haben. Nähere Einzelheiten und Angaben zu eventuellen Opfern lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Bei der Diskussion jetzt denkbarer Entwicklungen muß noch eine andere potentiell mögliche Variante einer Armeeeintervention erwähnt werden. Diese Option wäre eine Übernahme der Regierung durch das Militär für einen gewissen Zeitraum. Für sechs Monate wäre eine derartige Maßnahme unter Einbeziehung des Monarchen durch den Notstandsartikel 115 gedeckt. Es ist allerdings zu bezweifeln, daß ein derart kurzer Zeitraum ausreichen würde, die zahlreichen Mißstände zu beheben. Zudem hat Nepal in der Vergangenheit mit der Ausrufung des Notstandes bereits reichlich negative Erfahrung gesammelt; erinnert sei hier an den 15. Dezember 1960, als König Mahendra, der Vater des heutigen Königs, den Notstand erklärte, um das Land in eine dreißigjährige parteilose Phase absolutistischer Politik zu führen.

Regierung und Parteien

Der Schlüssel, eine derartige Entwicklung zu vermeiden, liegt vornehmlich bei den politischen Parteien und der Regierung. Sicherlich sind knapp elf Jahre Demokratie eine recht kurze Phase, doch müssen sich die Politiker in Nepal die Frage stellen, was an der eingeschlagenen Richtung falsch ist. Ist die heutige Situation wirklich das, was sich die Menschen in Nepal 1990 erhofft und die Politiker ihnen mit blumigen Worten versprochen hatten? Welchen Nutzen haben die Politiker und welchen haben ihre Wähler aus der Demokratisierung des Landes gezogen?

Es scheint, als hätte sich einerseits das Leben der politischen Führer über Nacht verändert: Gestern noch besaßen sie nichts und wurden wegen ihrer politischen Gesinnung verfolgt; heute leben viele von ihnen in Wohlstand und Luxus. Für das Volk ist auf der anderen Seite eine weitverbreitete Unzufriedenheit mit der Entwicklung des „demokratischen Systems“ kennzeichnend. Statt einer Verbesserung ihrer Lebensbedingungen sehen sich die Menschen mit wachsender Armut, Unsicherheit und Zunahme der Gewalt auf den Straßen, Qualitätsrückgang der Bildung, Verfall öffentlicher Moral, einer sich weitenden Kluft zwischen den wenigen Reichen und der großen Masse der Armen und Ärmsten so-

wie mit ständigen *bandhs* (Streiks) und Demonstrationen konfrontiert.

Ist es da ein Wunder, daß die Menschen das Vertrauen in die Demokratie verlieren? Demokratie erscheint ihnen vor allem als Machtausstattung der politischen Parteien, als Rechtfertigung der Politiker, zu tun was immer sie wollen. Macht wird auf Kosten der Allgemeinheit ausgeübt. Ständig werden die Menschen durch die Ausrufung von *bandhs* und sinnlosen Demonstrationen, durch das Schließen von Schulen, durch die Abschaffung öffentlicher Einrichtungen, durch den Mißbrauch staatlicher Gelder terrorisiert. Nicht Qualifikation entscheidet über die beruflichen Chancen der Menschen, sondern einzig und allein das richtige Parteibuch, am besten gepaart mit der richtigen Kastenzugehörigkeit.

Dürfen die Menschen wirklich erwarten, daß sich die Politiker unter dem Eindruck der verschärften Krise endlich eines Besseren besinnen, daß sie ablassen von ihren internen und teilweise sehr persönlichen Machtkämpfen, von Korruption und Vetternwirtschaft? Viele entschuldigen den bisher so geringen Erfolg der Demokratisierung Nepals mit der Kürze der Zeit und ziehen Vergleiche zu dem langsamen Wachsen demokratischer Institutionen in westlichen Ländern. Sie lassen dabei aber die besondere Situation außer Acht, in der sich das Land befindet. Der Zeitfaktor mag gerechtfertigt sein, doch steht Zeit nicht mehr zur Verfügung. Abgesehen davon ist das negative Verhalten der Politiker auch mit der mangelnden Vorlaufzeit der Demokratie nicht zu entschuldigen. Wenn die Demokratie Nepals in ihrer jetzigen Form noch eine Chance haben soll, dann müssen die Politiker sofort handeln. 14-Punkte-Programme und ähnliches, die nur dazu dienen, den Status quo zu wahren und die Machtansprüche zu verlängern, sind kein Lösungsansatz. Der Wandel in der Einstellung der Politiker muß sofort und radikal erfolgen.

Die Maoisten

Nicht zuletzt drängt die Zeit auch deshalb, weil die Maoisten ganz offensichtlich die Gunst der Stunde nutzen wollen, um ihre Sache voranzutreiben. Die Auslöschung fast der gesamten Königsfamilie am 1. Juni kam auch für die Maoisten überraschend. Schneller als alle anderen haben sie es aber einmal mehr verstanden, sich der veränderten Situation anzupassen. Die durch die negative Informationspolitik von Palast und Regierung geschürte Gerüchteküche wurde geschickt genutzt, den neuen König in Mißkredit zu bringen und Indien der Beteiligung an einer Verschwörung zu bezichtigen. Unterdessen kommt der verstorbene König Birendra, dessen Amt man noch vor wenigen Wochen abschaffen wollte, weil man in der Person des Königs das Grundübel für Nepals verfahren Situation sah, in der maoistischen Kritik auf einmal erstaunlich gut weg.

Während die Regierung noch überlegt, wie sie ihr Leben verlängern und den neuen Etat unter Dach und Fach bringen kann, und die Opposition ihre Zeit mit Überlegungen verbringt, wie sie Premierminister Koirala möglichst rasch stürzen kann, und ob sie dazu eventuell erneut die Parlamentsarbeit boykottieren soll, haben die Maoisten ihre Aktivitäten enorm verstärkt. Längst sind ihre Terroranschläge zu einem alltäglichen Ereignis geworden, und dies nicht nur in den bekannten maoistischen Kerngebieten.

Das östliche Tarai sieht sich seit dem Palastmassaker verstärkt im Zentrum maoistischer Anschläge, aber auch der

Ring um die Hauptstadt wird enger. Mitte Juli wurden wiederholt Bomben in Kathmandu selbst entdeckt, die teilweise auch explodierten, wobei auch Baluwatar, der Stadtteil, in dem der Premierminister und andere Mitglieder der Staatselite wohnen, betroffen war. Am 7. Juli, dem erstmals als nationalen Feiertag zelebrierten Geburtstag König Gyanendras, eskalierten die maoistischen Anschläge; mindestens 40 Polizisten fielen dem maoistischen Terror in den westlich des Kathmandutals gelegenen Distrikten Lamjung, Gulmi und Nuwakot zum Opfer.

Die Maoisten mögen sich in den vergangenen Jahren mit ihrer Argumentation und ihren Forderungen, zum Teil aber auch mit ihrer positiven Arbeit in ihrem Kernland der Distrikte Rolpa, Rukum, Salyan und Jajarkot große Sympathien im Bereich der überwiegend armen und zunehmend perspektivlosen Bevölkerung erworben haben; mit ihrer Eskalation der Gewalt, dem sinnlosen, brutalen und menschenrechtsverachtenden Vorgehen gegenüber den Polizeikräften und der blinden Zerstörungswut gegenüber öffentlichem Eigentum machen sie jedoch viele der gewonnenen Pluspunkte wieder zunichte.

Ihr Vorgehen ist gegenüber dem nepalischen Volk genauso unverantwortlich, wie das Verhalten der gewählten Politiker. Beide Seiten zerstören und mißbrauchen öffentliches Eigentum und gefährden damit die Zukunft des Landes. Es ist höchste Zeit für einen sofortigen Waffenstillstand und einen ernsthaften Dialog zwischen Staat und Aufständischen. Beide Seiten reden seit Monaten davon, aber vor allem wegen der Haltung der Regierung ist ein solcher Dialog bisher nicht zustande gekommen. Dabei haben die Maoisten ihre Angebote in jüngster Zeit nachgebessert. Man spricht gar von einer nationalen Regierung mit maoistischer Beteiligung. Hierzu paßt auch der innerparteiliche Dialog, der in letzter Zeit offensichtlich stattgefunden hat. Bei einem Treffen mit ähnlich gesonnenen Parteien im indischen Westbengalen distanzierte sich die CPN (Maoist) vom bisher so hartnäckig verfolgten stalinistischen Kurs und plädierte für eine Meinungsvielfalt innerhalb der Partei. All dies kann als Andeutung der Dialogbereitschaft der Maoisten gewertet werden. Es fragt sich nur, was noch alles passieren muß, ehe die Regierung ihren bisher leeren Worten Taten folgen läßt. Der jüngste Einsatz des Militärs läßt indes befürchten, daß die Auseinandersetzungen eine neue Intensität erleben, deren Auswirkungen nicht abzusehen sind.

Nepali Bishlesak ist ein Analyst der nepalischen Politik.

Internet-Infotipp: Eine von SÜDASIEN-Autor Dr. Karl-Heinz Krämer zusammengestellte umfangreiche Linksammlung zu Informationen über das Palastmassaker und seine Folgen finden Sie unter http://nepalresearch.com/politics/background/royal_tragedy.htm. Weiterführende Links zu den maoistischen Aktivitäten und den staatlichen Gegenmaßnahmen sind unter <http://nepalresearch.com/politics/maoists.htm> aufgelistet. Verwiesen sei auch auf die Zeitschrift der Maoisten, *The Worker*: www.maoism.org/misc/nepal/nepal.htm, deren jüngste Ausgabe jedoch unter anderer Adresse zu finden ist: www.humanrights.de/n/nepal/the_worker6/w6_cover1.html. Schließlich sei noch ein Artikel des maoistischen Ideologen, Dr. Baburam Bhattarai, erwähnt, der im Original am 6. Juni in der renommierten Tageszeitung Kantipur erschien: www.humanrights.de/n/nepal/politics/080601_royal_massacre.htm sowie ein Interview der Wochenzeitung *Nepali Times* mit ihm vom 13. Juli: www.nepalnews.com.np/ntimes/july13-19-2001/interview.htm.